

SVP feiert das Scheitern der «Mogelpackung»

- 14.06.2021
- Südostschweiz / Bündner Zeitung
- Markus Böni

Die SVP hat als einzige im Bundeshaus vertretene Partei das CCh-Gesetz bekämpft. Mit Erfolg. Die FDP-Chefin ist enttäuscht, und die Klimabewegung zielt nun auf «die Multis und die Reichen». von Markus Böni Zufrieden: Die SVP-Nationalräte Pierre-Andre Page, Thomas Hurter, Mike Egger und Albert Roesti (von links) stossen auf ihren Sieg an der Urne an. Bild Anthony Anex / Keystone Zwei SVP-Vertreter freuten sich am Abstimmungssonntag besonders über das Nein zum C02-Gesetz.

Die Vorlage sei eine Mogelpackung gewesen, bei der es sich um eine reine Umverteilung gehandelt habe, sagte der St. Galler SVP-Nationalrat Mike Egger gegenüber Fernsehen SRE. Das Argument, dass ein Ja höhere Preise fürs Autofahren, fürs Heizen und für die Ferien bedeuten würde, habe man offenbar vermitteln können. Ein Gesetz mit derart vielen Artikeln sei alles andere als liberal und schnüre die Wirtschaft ab. Zudem sei der globale Einfluss der Schweiz, die schon viel für den Klimaschutz getan habe, gering. «Wir konnten zeigen, dass es sich um eine reine Umverteilung handelt», doppelte Nationalrat Thomas Hurter (SVP, Schaffhausen) nach.

Das sei nicht innovativ und helfe dem Klima nicht. Befürworter kämpfen weiter. Das breit abgestützte Ja-Komitee dagegen bedauert den Ausgang der Abstimmung. Damit stehe die Schweizer Klimapolitik vor einer schwierigen Situation. Unternehmen, Verbände und Private würden den Weg zu mehr Klimaschutz trotzdem konsequent weiter gehen, heisst es in einer Mitteilung. Einfach nichts zu tun sei für die Schweiz keine Option, «weder für unser Gewerbe, noch für unsere Arbeitsplätze, noch für das Klima».

Es müssten nun Massnahmen ergriffen werden, die es der Schweiz erlaubten, ihre Verpflichtungen des Pariser Klimaabkommens doch noch zu erfüllen. Dafür werde sich die breite Allianz «jenseits von Links und Rechts» weiterhin einsetzen. Die Gewinner des Tages hätten eine aggressive Angstkampagne geführt, heisst es weiter. Es sei bedauerlich, dass es dem Ja-Komitee zu wenig gelungen sei, dieser Verunsicherung etwas entgegenzusetzen. Eine künftige Klimavorlage müsse jedoch verständlicher für alle sein.

Für FDP-Präsidentin Petra Güssi entschwindet das Klimaziel nun in weite Ferne. Es habe sich gezeigt, dass ein Gesetz nur aus Lenkungsmaßnahmen ohne Kompensationen bei der Bevölkerung nicht durchkomme. Güssi zeigte sich in der «Elefantenrunde» auf Blick TV enttäuscht darüber, dass das Gesetz an der Urne nicht reüssierte. Die Mithilfe der bürgerlichen Parteien erarbeitete Kompromissvorlage sei der Bevölkerung wohl zu weit gegangen. Linksgrün müsse hier wohl der Mitte künftig noch weiter entgegenkommen.

Die Grünen seien zwar die Wahlsieger gewesen. Wenn es aber in der Realpolitik um Umweltthemen gehe, gelinge es ihnen weniger, die Leute mitzunehmen. Linksgrün habe zudem in den Städten zu wenig mobilisiert, so Güssi. Einen weiteren Grund für das Scheitern der Vorlage sieht Güssi in der «schwierigen Gesamtkonstellation» der fünf Abstimmungsvorlagen. Diese habe insbesondere auf dem Land zu einem Run an die Wahlurnen geführt.

Die Konzerne im Visier Für die Klimastreikbewegung ist die Ablehnung des CCh-Gesetzes kein Nein der Bevölkerung zum Klimaschutz. Das Gesetz hätte ihrer Ansicht nach ohnehin nur die Interessen der Wirtschaft priorisiert. Damit hätten die Vorgaben des Pariser Klimaabkommens auch nicht eingehalten werden können, sagten Vertreter der Bewegung am Sonntag an einer Medienkonferenz auf dem Bundesplatz in Bern. Bei weiteren Massnahmen sei darauf zu achten, dass Klimaschutzmassnahmen sozialverträglich ausgestaltet würden. Solche Lösungen dürften

nicht in Verdacht geraten, dass sozial schwächer gestellte Menschen davon negativ betroffen seien.

Jetzt müsse man den Finanzplatz Schweiz, die Multis und die Reichen ins Visier nehmen. Der Kampf für einen effektiven Klimaschutz gehe weiter. Als Nächstes auf dem Programm stünden im Sommer Aktionstage gegen den «klimaschädlichen Finanzplatz»..